

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 36.

Charlottenburg, Freitag, den 6. September 1918.

Jahrg. 45.

Die gewerkschaftlichen Zentralverbände im Jahre 1917.

Die deutsche Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1917 liegt noch nicht vollständig vor. Die im Bureau der Generalkommission erfolgende Bearbeitung der statistischen Angaben der Zentralverbände ist jedoch soweit vorgeschritten, daß wir hier im Auszuge einige der wichtigsten Ziffern mitteilen können.

Das Berichtsjahr zeichnet sich demnach durch den Beginn einer neuen Aufwärtsbewegung unserer Gewerkschaften aus. Die rückläufige Periode, die mit dem Kriegsausbruch einsetzte, erreichte im Jahre 1916 ihren Tiefstand. Am 31. Dezember 1916 waren in den 47 Zentralverbänden nur noch 934 834 Mitglieder vorhanden gegen rund 2½ Millionen beim Kriegsausbruch. Im ersten Quartal 1917 aber war die Krisis überwunden, die Mitgliederzahl stieg auf 995 926, und diese Entwicklung hielt auch in den weiteren drei Quartalen an: im zweiten waren es 1 076 711 Mitglieder, im dritten 1 169 697 und im vierten Quartal 1 264 714 Mitglieder. Die Zunahme beträgt demnach rund 330 000 gegenüber dem vierten Quartal 1916. Im Jahresdurchschnitt stieg die Mitgliederzahl von 955 887 auf 1 095 596. In diesen Ziffern sind die Verbände der Hausangestellten und der Landarbeiter nicht mitgezählt, die am Jahresluß 4221 bzw. 8774 Mitglieder hatten gegen 3630 bzw. 6249 Mitglieder am 31. Dezember 1916. Auch diese beiden unter den schwierigsten Verhältnissen arbeitenden Verbände nehmen an der allgemeinen Aufwärtsbewegung lebhaften Anteil.

Besonders erfreulich gestaltete sich die Bewegung der weiblichen Mitglieder. Das Jahr 1916 schloß in den 47 Zentralverbänden mit einem Bestand von 197 008 weiblichen Mitgliedern. Die Zahl stieg im ersten Quartal 1917 auf 222 045, im zweiten auf 257 573, im dritten auf 299 468 und im vierten Quartal auf 330 146 Mitglieder. Ferner waren 4201 weibliche Mitglieder im Verbande der Hausangestellten und 2642 im Landarbeiterverband organisiert gegen 3618 resp. 1327 im letzten Quartal 1916. Im Jahresdurchschnitt war die Zahl der weiblichen Mitglieder von 180 895 auf 262 787 gestiegen; sie hat damit ihren bisherigen höchsten Stand überschritten, denn die frühere Höchstziffer war 223 676 im Jahresdurchschnitt 1913. Es läßt sich zwar nicht feststellen, ob die Zunahme der gesteigerten Zahl industriell beschäftigter Frauen entspricht, aber die Gewerkschaften dürfen dennoch diese Entwicklung mit Befriedigung registrieren; sie beweist, daß die Werbetätigkeit unter den Arbeiterinnen nicht mehr ergebnislos verläuft, sondern daß sie sehr wohl große Erfolge zu bringen vermag.

Die Finanzgebarung der Zentralverbände hat sich in gleicher Richtung wie die Mitgliederzahl bewegt. Die Einnahmen stiegen von 34 027 248 Mk. auf 39 189 398 Mk., während die Ausgabe von 30 074 048 Mk. auf 28 511 831 Mk. zurückgingen. Der Vermögensbestand stieg infolgedessen von 65 845 166 Mk. auf 70 717 419 Mk. Leider ist der Vermögensbestand des Metallarbeiterverbandes nicht mit angegeben worden, so daß der obige Betrag dem tatsächlichen Vermögensbestand, der sich bei Einrechnung des Vermögens der Metallarbeiter ergeben würde, nicht entspricht. Am Jahresluß 1913 hatten die Zentralverbände ohne den Metallarbeiterverband ein Vermögen von 69 518 554 Mk., woraus sich ergibt, daß der Vermögensbestand unserer Zentralverbände den bis dahin erzielten Höchststand vom Jahre 1913 bereits überflügelt hat.

Die Einnahmen (39 189 398 Mk.) verteilen sich auf folgende Posten: Eintrittsgelder 264 036 Mk., Beiträge 28 567 262 Mk., Lo-

salbeiträge 5 658 756 Mk., Extrabeiträge und freiwillige Sammlungen für die Kriegerfamilien 277 979 Mk., Zinsen 3 071 961 Mk. und sonstige Einnahmen 1 349 404 Mk. Die wichtigeren Ausgaben wiederum verteilen sich folgendermaßen: Reiseunterstützung 22 422 Mark (im Vorjahre 46 556 Mk.), Umzugsunterstützung 111 310 Mark (107 563 Mk.), Arbeitslosenunterstützung 719 607 Mk. (1 449 133 Mk.), Krankenunterstützung 4 841 575 Mk. (3 664 592 Mark), Invaliden-Unterstützung 526 252 Mk. (539 893 Mk.), Sterbegeld 1 495 928 Mk. (1 266 799 Mk.), Notunterstützung 267 237 Mk. (303 066 Mk.), Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer 2 656 712 Mk. (5 992 064 Mk.), Lohnbewegung ohne Arbeitseinstellung 137 546 Mk. (70 577 Mk.), Streikunterstützung 152 149 (104 952 Mk.), Tarifinstanzen 35 199 Mk. (15 900 Mk.), Rechtschutz 106 420 Mk. (87 671 Mk.), Gemäßregelunterstützung 17 729 Mk. (13 627 Mk.), Verbandsorgan 1 600 618 Mk. (1 246 201 Mark), sonstige Zeitungen 103 875 Mk. (78 320 Mk.), Bibliotheken 112 704 Mk. (122 097 Mk.), Unterrichtskurse usw. 21 485 Mk. (25 315 Mk.), Statistiken 47 437 Mk. (65 790 Mk.), Agitation 1 940 769 Mk. (1 503 204 Mk.), Druckschriften usw. 266 098 Mk. (211 440 Mk.), Stellenvermittlung 67 344 Mk. (81 690 Mk.), Konferenzen und Generalversammlungen 326 346 Mk. (204 715 Mk.), Sonstige Ausgaben 2 070 727 Mk. (2 867 435 Mk.), Beiträge an die Generalkommission 254 846 Mk. (353 927 Mk.), Beiträge zu internationalen Verbindungen 18 873 Mk. (25 590 Mk.), Beiträge an Kartelle und Sekretariate 742 752 Mk. (714 466 Mk.) usw. Pro Kopf betragen die Ausgaben 26,02 Mk. gegen 31,46 Mk. im Jahre 1916, die Ausgabe für Unterstützungen betrug pro Kopf 10,12 Mk. gegen 14,30 Mk. im Vorjahre. An dem letzteren Rückgang war insbesondere die Arbeitslosenunterstützung beteiligt, die pro Kopf nur 0,66 Mk. gegen 1,52 Mk. im Vorjahre erforderte.

Die Auflage der Gewerkschaftspresse stieg von 1 235 084 auf 1 483 629 Exemplare. An der Erscheinungsweise der Blätter wurde nicht viel geändert; das Organ der Chorjänger erscheint 14-tägig anstatt einmal monatlich und die „Gastwirtsgehilfszeitung“ erscheint anstatt wöchentlich vierzehntägig.

Diese kurzen Mitteilungen aus der demnächst erscheinenden Gewerkschaftsstatistik zeugen von dem lebhaften Aufschwung, den die deutschen Gewerkschaften im Berichtsjahre zu verzeichnen haben. Daß dieser Aufschwung schon im Kriege einsetzen würde, hatte kaum jemand zu hoffen gewagt. Um so größer darf die Genugtuung über die Festigkeit unseres Organisationsgebäudes sein, die unsere Gewerkschaften die schwere Erschütterung des Krieges so verhältnismäßig schnell überwinden ließ.

Vom Gebärzwang.

Der Niedergang der Geburten ist eine auch in Deutschland schon seit längerer Zeit beobachtete Erscheinung, die unter dem Einfluß des Krieges beängstigende Formen angenommen hat. Hier soll die Gesetzgebung eingreifen, und die Regierung hat dem Reichstag zwei Gesetzentwürfe unterbreitet, von denen der eine die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, der andere Maßnahmen gegen die Verhinderung der Geburten zum Gegenstand hat. Mit diesen Gesetzentwürfen hat sich der Ausschuß des Reichstages für Bevölkerungspolitik sehr eingehend beschäftigt. Nach dem gegenwärtigen Stand der Beratung ist anzunehmen, daß das Ergebnis der Kommissionsarbeit im Herbst vor das Plenum des Reichstages kommen wird. Die Annahme der Gesetzentwürfe ist sehr wahrscheinlich.

Mit dem Grundgedanken des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten könnte man sich einverstanden erklären. Es bedroht mit schweren Strafen denjenigen, der den Geschlechtsverkehr ausübt, obwohl er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß er an einer ansteckenden Geschlechtskrankheit leidet. Die Behandlung von Geschlechtskrankheiten durch Nichtärzte sowie die Fernbehandlung sind verboten. Weiter sollen alle Personen, die gewerbmäßig Unzucht treiben, einer fortlaufenden, unauffälligen ärztlichen Ueberwachung unterstellt werden. Außerdem soll der Kuppeleiparagraph des Strafgesetzbuches geändert werden, um eine Ausbeutung der Prostituierten und die Anhaltung zur Unzucht zu verhindern. Die Anerkennung des Grundgedankens des Gesetzes bedeutet aber noch nicht die Zustimmung zu den Einzelheiten. Hier wird noch mancherlei zu bessern sein.

Anderes steht es mit dem Gesetzentwurf gegen die Verhinderung der Geburten. Er verbietet unter Androhung schwerer Strafen die Herstellung und das In-den-Verkehr-bringen von Gegenständen, die geeignet sind, die Empfängnis zu verhüten oder die Schwangerschaft zu beseitigen. Verboten ist jedes öffentliche Anbieten eigener oder fremder Dienste zur Vornahme oder Förderung der Beseitigung der Schwangerschaft. In den von der Regierung aufgestellten Richtlinien ist eine Reihe von empfängnisverhütenden Mitteln und Gegenmitteln genannt, die unter das Verbot fallen. Bezeichnend ist hierbei die unterschiedliche Behandlung der Schutzmittel für Männer und für Frauen. Verboten sind z. B. Scheidenpulverbläser, Sicherheitsovale, mechanisch wirkende Gegenstände, wie Schwämmchen oder Seidenquasten, oder chemisch wirkende, aus jamentötenden Stoffen zusammengesetzte Mittel, wie Pillen, Kugeln, Tabletten oder Ovale. Erlaubt bleibt dagegen der Kondom zum Schutze des Mannes.

Das wichtigste Bedenken gegen das Gesetz ist darin zu erblicken, daß es versucht, mittels Strafgesetzen soziale Krankheiten zu heilen. Will man die Geburtenzahl steigern, dann muß man vor allem dahin wirken, daß der „Kindersegen“ den Eltern nicht zur Qual wird. Fast täglich begegnet man in den Zeitungen den Klagen der Mütter, die auf der Wohnungssuche den schwersten Demütigungen ausgesetzt sind, weil die Hausbesitzer nicht an kinderreiche Familien vermieten wollen. Dabei sind diese Erfahrungen noch nicht das schlimmste. Jede Frau sehnt sich nach dem Kinde. Ist das erste Kind den Eltern eine Freude, und findet man sich auch mit dem zweiten allenfalls noch ab, so beginnen die Sorgen, wenn sich die Kinderzahl erhöht. Wie soll man die wachsende Kinder-schar satt machen, woher die Mittel nehmen, sie zu kleiden? Hat man sie aus dem Größten herausgebracht, dann steigern sich die Sorgen der Eltern. Die Schule, die Ausbildung fürs Leben kosten Geld; aber mit dem Bedürfnis steigen die Einnahmen der Eltern nicht. Im Gegenteil. Wenn der Arbeiter in die sogenannten besten Jahre kommt, dann nimmt seine Leistungsfähigkeit und damit sein Lohn ab. Und die Mutter einer großen Kinder-schar reißt sich vorzeitig auf im Kampf ums Leben. Auf jede Erholung, auf das bescheidenste Vergnügen muß sie verzichten, um ihre vielseitigen Mutterpflichten zu erfüllen.

Will man die Geburtenzahl heben, dann muß der Hauptnachdruck darauf gelegt werden, in dieser Hinsicht Abhilfe zu schaffen. Die schärfsten Strafgesetze werden es nicht verhindern, daß die Besitzenden ihre Kinderzahl „regeln“. Die vorgeschlagenen Mittel treffen nur die Armen; den Frauen der Arbeiter wird der Gebärzwang auferlegt. Dabei kann es volkswirtschaftlich nicht sowohl darauf ankommen, daß viele Kinder in die Welt gesetzt werden, viel wichtiger ist, daß jedem neuen Weltbürger Licht und Luft und Nahrung und Kleidung und all das gewährleistet wird, was notwendig ist, um aus ihm ein gesundes und nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft zu machen. Im Interesse der arbeitenden Frau müssen ungeschädliche Mittel zur Verhütung der Empfängnis freigegeben werden. Geht das nicht, dann wird damit nur erreicht, daß die Zahl der Verbrechen gegen das keimende Leben eine Steigerung erfährt. Nicht durch Strafgesetze, sondern hauptsächlich durch Verbesserung der sozialen Zustände kann eine Senkung der Geburtenzahl angestrebt werden. (Schwarzarbeiter-Frauenblatt.)

Aus unserm Berufe.

Die Geschäftslage in unserem Berufe kennzeichnet ein Artikel in Nr. 2 der „Porzellan- und Glas-handlg.“, in dem ein Porzellanhändler sich gegen die unkontrollierte Konkurrenz wendet, die dem Porzellanhandel in der Kriegszeit erwächst. Es wird dort gesagt:

Die Porzellan-geschäfte klagen über den Mangel an Ware, die Mangel sind geräumt, neue Ware ist, wenn überhaupt, nur mit den größten Schwierigkeiten hereinzubekommen; andererseits besteht unter dem laufenden Publikum ein wahrer Hunger nach Erzeugnissen der Porzellanindustrie, mag es sich nun um Gebrauchs- oder

Kunstporzellane handeln. Dieser Zustand, der noch durch andere aus der Kriegslage entstehende Schwierigkeiten verschärft wird, erschwert dem Porzellanhändler die Existenz. Dazu kommt als weitere Erschwerung die Tatsache, daß in den Städten alle möglichen Geschäfte, wie Kolonialwaren-, Südfrucht-, Buch- und Kunst-Butter- und Käse-, Lederwarenhandlungen, Metall- und Silberwarengeschäfte in Ermangelung von Waren ihrer Branchen, sich auf den Porzellanhandel geworfen haben. Es wird geradezu als ein Unfug bezeichnet, daß die Porzellanfabriken auf Kosten ihrer bisherigen Kundschaft diesem nichtlegitimen Porzellanhandel Waren liefern und damit dem eigentlichen Porzellanhandel das Leben noch schwerer machen, als es ohnehin schon ist. Es heißt dann weiter, daß solches geschäftliches Verhalten eine Erbitterung zwischen Porzellanhandel und Porzellanfabriken hervorrufen muß, die über den Krieg hinaus anhalten und zu unerfreulichen Folgen führen muß. Den Porzellanfabriken wird gesagt, sie mögen bedenken, daß der Krieg und die durch ihn geschaffene günstige Situation nicht ewig dauern werden. Nach dem Kriege könnte es eben einmal heißen: Bei Philippi sehen wir uns wieder.

Wir mischen uns in die Angelegenheiten, die die Porzellanhändler und ihr Verhältnis zu den Porzellanfabriken betreffen, nicht ein. Lediglich zur Kennzeichnung der günstigen Situation, die unzweifelhaft auch für die Arbeiterschaft der Porzellanindustrie besteht, registrieren wir diese Stimme, damit auch unsere Mitglieder, und darüber hinaus die Arbeiterschaft der Porzellanindustrie im allgemeinen die Nutzenanwendung daraus ziehen sollen. Nutzet die Zeit, sorgt vor für kommende Zeiten, das ist es, was wir immer wieder unserer Kollegenschaft zurufen müssen.

Aus Oberfranken. Die besonderen Ernährungsschwierigkeiten, unter denen die Industriearbeiterschaft Oberfrankens schwer leidet, haben den Reichstagsabgeordneten für den Wahlkreis Hof-Maila, den Genossen Simon-Mürnberg, veranlaßt, eine bezügliche Eingabe an das Königl. Bayer. Ministerium des Innern zu richten. In diesem Wahlkreise liegen auch die Zahlstellen unseres Verbandes Moschendorf, Oberlochau, Rehau, Schönwald, Selb. Außer den Porzellanarbeitern kommen in der Hauptsache noch in Betracht Textilarbeiter und Steinarbeiter. In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß die Arbeiterschaft dieses Bezirks keine Ackerbau betreibt; der größte Teil nicht einmal im Besitz eines kleinen Gartchens, insgedessen nur auf die Lebensmittel angewiesen ist, die ihr vom Kommunalverband zugewiesen werden. Für die Porzellanarbeiter, besonders im Selber Gebiet, wird verlangt, besonders für Dreher und Brenner, daß sie als Schwerstarbeiter anerkannt und dementsprechende Zusatz-Nahrungsmittel erhalten. Die schnellste Verbesserung der Lebensmittelversorgung im Hof-Bezirk durch vermehrte Zuweisung von Kartoffeln, Gemüse, Eiern, Mehl und Graupen, die schärfste Bekämpfung des Schleichhandels, der in diesem Bezirk stark im Schwunge sein soll, sowie die Gewährung der Schwerstarbeiterzulage an die Porzellan- und Steinarbeiter ist dringend geboten, um der verzweifeltsten Stimmung, die sich infolge der Notlage der dortigen Bevölkerung bemächtigt hat, Einhalt zu tun; das sind die Worte, in die diese Eingabe ausklingt. Hoffentlich bleibt der gewünschte Erfolg nicht aus.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Schneider und Wäschearbeiter beruft für den 14. Oktober einen Verbandstag ein nach Gotha. In der Hauptsache werden Fragen der Beitrags- und Unterstützungserhöhung zur Verhandlung kommen.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Steinarbeiter beruft zum 14. Oktober dieses Jahres seinen siebenten Verbandstag nach Leipzig ein. Aus der festgesetzten Tagesordnung heben wir besonders hervor: Tarifwesen und Teuerungszulagen, Steinindustrie und Handelspolitik, Unser gewerkschaftliches Arbeitsprogramm und sozialpolitische Forderungen.

Der Verband der Lithographen, Stein-drucker und verwandten Gewerbe hat im Jahre 1917 wie alle Verbände der kunstgewerblichen Berufe an dem allgemeinen Mitgliederanstieg nicht teilnehmen können. Bei einem Verlust von 397 war der Bestand am Schluß des Jahres 5135. Aber über eineinhalbfach soviel haben sich in dem Jahre zum Kriegsdienst zur Verfügung stellen müssen. Rechnet man dazu noch die in die Kriegsindustrie abgewanderten Gehilfen, so kann von einem Verlust an Mitgliedern kaum gesprochen werden. Die Abwanderung erfolgte in der Hauptsache infolge der niedrigen Lohn- und unsicheren Berufsverhältnisse. Betrug doch die Steigerung des Lohnes am Jahres-schluß, einschließlich der Teuerungszulagen, nur 30 bis 50 v. H. des Friedenslohnes. Und das, trotzdem der Verband mit seinen Funktionen die eigentlichen treibenden Kräfte darstellten.

An der erzielten Lohnerhöhung hatten insgesamt 5667 Mitglieder Anteil, die 24 180 M. pro Woche erhielten. Streiks haben in dem Berichtsjahr keine stattgefunden. Die Arbeitslosigkeit war auch 1917 sehr gering. Dagegen stieg die Zahl der Kranken von 1894 mit 7134 Krankenwochen auf 1923 mit 9604 Krankenwochen, trotz geringerer Mitgliederzahl. Die Einnahmen betragen 313 906 M., die Ausgaben dagegen 297 071 M. Das bedeutete gegen das Vorjahr geringeren Beitragseingang, aber erhöhte Ausgaben, eine natürliche Folge des Mitgliederrückganges. Demzufolge fiel auch der Ueberschuß. Er betrug 16 835 gegen 107 464 M. im Vorjahre. Der Kassenbestand beträgt 415 209 M.

An dem vorjährigen Bestand der Tarifverträge hat sich nichts geändert. Einen Rückgang hat die Lehrlingsabteilung des Verbandes erfahren; ihre Mitgliederzahl fiel von 1096 auf 924. Auch dieser Verlust erklärt sich leicht aus der Tatsache, daß im Stein- und in der Lithographie mit dem Beruf auch die Anzahl der Lehrlinge enorm zurückgeht. Die gleiche Beobachtung konnte in den angeschlossenen kleineren Berufen mit Ausnahme der Chemigraphie gemacht werden.

Vermischtes.

Werkwohnungen und Kriegsteilnehmer. Die Werkwohnungen waren schon immer ein Schmerzenskind für die Gewerkschaften und erwiesen sich namentlich bei Lohnkämpfen als Hindernis. Um so erfreulicher schien es, als wenigstens bei Kriegsausbruch die Werkwohnungen z. B. den Glasarbeitern einen Vorteil zu bieten schienen: Die Unternehmer verzichteten in vielen Fällen auf die Miete der in Werkwohnungen wohnenden Kriegerfrauen.

Jetzt zeigt aber auch dieses Entgegenkommen seine Rehrseite: wenn die Kriegsteilnehmer zurückkehren, versuchen Glasindustrielle, nachträglich die Miete einzuziehen. Der Verband der Glasarbeiter hat darüber wiederholt mit den Glasindustriellen verhandelt und am 1. Juli 1916 unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten von Frankfurt a. d. Oder in Kottbus ganz bestimmte Vereinbarungen mit ihnen getroffen. Die anwesenden Industriellen erklärten sich bereit, keine nachträgliche Einziehung der Wohnungsmiete vorzunehmen und die übrigen Industriellen im gleichen Sinne zu beeinflussen.

Aber diese Abmachungen werden jetzt nicht eingehalten. Unter den Firmen, die das Versprechen abgegeben hatten, befand sich auch die Adlerhütte in Penzig bei Görlitz. Der Direktor ist inzwischen gestorben, der Regierungspräsident hat gewechselt, und ungestört zieht die Firma den Kriegsteilnehmern, die inzwischen von ihr reklamiert wurden, in jeder Woche 10 bis 15 M. an rückständiger Wohnungsmiete ab. Die Arbeiter wagen es nicht, dagegen aufzutreten, weil sie ihre Wiedereinberufung zum Heeresdienst befürchten.

Bei allen Bohnforderungen der Glasarbeiter haben die Industriellen sich darauf berufen, daß die freie Werkwohnung die Unternehmungen sehr stark belaste und höhere Löhne deswegen nicht bewilligt werden könnten. Vergebens haben die Arbeiter wiederholt erklärt, sie wollten lieber einen den Lebensverhältnissen entsprechenden Lohn und würden dann selbst die Wohnungsmiete für die Kriegerfrauen durch Sammlungen zusammenbringen. Die Industriellen blieben dabei, daß sie den Kriegerfrauen die Wohltat des Mieterlasses zuwendeten, während sie es doch in Wahrheit auf Kosten der Arbeiter taten. Jetzt werden noch nachträglich die Mietkosten wieder eingetrieben. Am schlimmsten geht es dabei den Glasarbeitern, welche den Betrieb wechseln. Ein solcher Kriegsteilnehmer, der drei Jahre im Felde gewesen war, bekam unmittelbar nach Aufnahme der neuen Arbeit einen Zahlungsbefehl über 760 M. rückständiger Miete und 37 M. Kosten. Erst das energische Eingreifen der Gewerkschaft veranlaßte die Firma, wenigstens den Zahlungsbefehl zurückzunehmen. Aber die Wohltat der Werkwohnungen hat sich auch jetzt wieder als so zweifelhaft erwiesen, daß die heimgekehrten Kriegsteilnehmer deswegen ihres Lebens nicht froh werden.

Genossenschaftlicher Geist. Es gibt wohl kaum einen größeren Gegensatz als zwischen dem kapitalistischen und dem genossenschaftlichen Prinzip. Der Kapitalismus beruht auf dem Grundsatz der Vereinzelnung und des persönlichen Erwerbstriebes, die Genossenschaft beruht auf der Organisation und dem Solidarismus. In der kapitalistischen Wirtschaftsweise handelt jeder einzelne nach seinem persönlichen Ermessen und zu seinem eigenen persönlichen Vorteil ohne Rücksichtnahme auf das Wohl und Wehe der anderen, in der genossenschaftlichen Wirtschaftsweise wird nach einem vorbedachten Plane gemeinsam gearbeitet unter Wahrung des Gemeininteresses. Auch in einer Genossenschaft vertritt jeder sein eigenes Interesse, aber er nimmt bewußtmaßen Rücksicht auf das Interesse der anderen Volksgenossen. Neben der Durchführung einer planmäßigen

Organisation, die alle Kräfte zusammenfaßt und auf ein bestimmtes Ziel richtet, ist es besonders der genossenschaftliche Geist, dem die moderne Genossenschaftsbewegung ihre Erfolge verdankt. Leider gibt es noch Genossenschaften und Genossenschaftler, die lediglich auf die äußere Form des Zusammenschlusses Gewicht legen und darüber den Geist der Genossenschaft vernachlässigen. Der moderne Geist des Kapitalismus, der ausschließlich auf das Materielle gerichtet ist und den ungehemmten Erwerbstrieb gezüchtet hat, hat die gesamte Menschheit verfeuert und auch manche Genossenschaften mit seinem Gift angegriffen. Diese Vernachlässigung muß durch eine systematische genossenschaftliche Erziehungsarbeit wieder gutgemacht werden. Es gilt nunmehr, den genossenschaftlichen Geist in den Führern und den Mitgliedern zu pflegen, damit die Genossenschaften mit solidarischen Gemeinfinn erfüllt werden. Wer um kleiner persönlicher Vorteile willen das Wohl der Gesamtheit aus den Augen verliert, der schadet der Genossenschaftsbewegung und hindert sie daran, ihre großen Aufgaben zu erfüllen. Wir alle müssen lernen, sozial zu denken, das heißt, unser Denken und Wollen auf das Gedeihen des Ganzen einzustellen. Dazu bedarf es einer inneren Umwandlung. Die Selbstsucht und die private Erwerbssüchtigkeit müssen zurückgedrängt werden, in jedem Augenblick müssen wir uns der Tatsache bewußt werden, daß wir Glieder einer sozialen Arbeits- und Lebensgemeinschaft sind und daß das Gedeihen des einzelnen von dem Gedeihen des Ganzen abhängig ist. Zweifellos muß noch viel Aufklärungs- und Genossenschaftsarbeit geleistet werden, wenn unser deutsches Volk vom kapitalistischen Wesen genesen soll. Die Genossenschaften sind an erster Stelle berufen, die durch den Kapitalismus vergiftete Menschheit wieder gesund zu machen.

„Der Wert unserer deutschen Arbeitnehmerorganisationen für die nationale Volksgemeinschaft ist durch das Weltkriegserlebnis zum Gemeingut der Erkenntnis unserer weitesten Volkstiefe geworden. Doppelt bedauerlich ist daher, daß immer wieder geglaubt wird, durch mit finanziellen Mitteln künstlich großgezüchtete sogenannte gelbe Organisationen Störungsversuche gegen die Entwicklung des unabhängigen Organisationsgedankens unserer mittelständischen Arbeitnehmer, der Angestellten, ausüben zu können“ . . . „Die von der „Hanse“ und ihren wirtschafts„friedlichen“ Gönnern als Bedrohungen des deutschen Wirtschaftslebens angegriffenen zeitgemäßen staatlichen Maßnahmen, der Staatssozialismus, und der Organisationsgedanke der Arbeitnehmer zählen gerade zu den Kräften, die unsere nationale Volksgemeinschaft zur höchsten Machtentfaltung und glücklichsten sozialen wie wirtschaftlichen Organisation zum Wohle des deutschen Volkes nicht nur in der Kriegszeit, sondern auch während der Friedenszeit braucht.“ — Dieses Urteil ist nur deswegen bemerkenswert, weil es die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das bekannte Regierungsblatt brachte, die sich damit gegen die Versuche der Gelben, eine wirtschaftliche Angestelltenbewegung ins Leben zu rufen, wendet.

Die Erhöhung der Postgebühren. Die vom Reichstage beschlossene, am 1. Oktober 1918 in Kraft tretende Reichsabgabe zu den Post- und Telegraphengebühren bedeutet eine weitere drückende Belastung des privaten und geschäftlichen Verkehrs. Die neue Tarif-erhöhung erstreckt sich zunächst auf Briefe im Orts- und Nachbarortsverkehr. Während bisher diese Briefe bis zu einem Gewicht von 250 Gramm 7½ Pfennig kosteten, stellt sich in Zukunft das Porto für Briefe bis zu 20 Gramm auf 10 Pf., für Briefe über 20 bis 250 Gramm auf 15 Pf. Auch das Porto für Postkarten im Fernverkehr erfährt eine Erhöhung, und zwar auf 10 Pf.; die Postkarte zu 7½ Pf. bleibt also nur für den Orts- und Nachbarortsverkehr bestehen. Ferner haben die Gebühren für Pakete eine abermalige Erhöhung erfahren. Pakete bis zum Gewicht von 5 Kilogramm kosteten bisher in der ersten Zone (75 Kilometer) 30 Pf., sie kosten in Zukunft 40 Pf. Für weitere Entfernungen erhöht sich das Porto von 60 auf 75 Pf. Bei einem Gewicht über 5 Kilogramm steigt das Porto in der ersten Zone bei Sendungen bis zu 6 Kilogramm von 40 auf 60 Pf.; für alle weiteren Entfernungen erhöht sich in jeder Zone das bisherige Porto um 30 Pf., wobei für jedes Kilogramm über 6 Kilogramm ein Zuschlag je nach der Zone von 10 bis 50 Pf. erhoben wird. Es kostet mithin beispielsweise ein Paket innerhalb der sechsten Zone (über 1125 Kilometer) im Gewicht von 7 Kilogramm 2 M. Auch die Druckfachen erfahren diesmal eine Portonerhöhung. Sie kosten in Zukunft bis 50 Gramm 5 Pf., über 50 bis 100 Gramm 7½ Pf., über 100 bis 250 Gramm 15 Pf., über 250 bis 500 Gramm 25 Pf., über 500 bis 1000 Gramm 35 Pf. Geschäftspapiere tragen in Zukunft bis 250 Gramm ein Porto von 15 Pf., über 250 bis 500 Gramm 25 Pf., über 500 bis 1000 Gramm 35 Pf. Bei Warenproben im Gewicht bis zu 100 Gramm tritt keine Veränderung ein, dagegen erhöht sich für Sendungen über 100 bis 250 Gramm das Porto auf 15 Pf., über 250 bis 500 Gramm auf 25 Pf. Auch für Postanweisungen werden die Gebühren erhöht. Es kostet in

Zukunft eine Postanweisung bis zu 5 M. 15 Pf., über 5 bis 100 Mark 25 Pf., darüber hinaus erhöhen sich die bisherigen Sätze um je 10 Pf. Ebenso hat der Telegrammverkehr erhöhte Abgaben zu tragen. Im Stadtverkehr kostet in Zukunft ein Telegramm bis zu fünf Worten 45 Pf., für jedes weitere Wort bis zu zehn Worten erhöht sich die Gebühr um 5 Pf., darüber hinaus um 3 Pf., unter Abrundung des Gesamtbetrages auf den nächsten durch fünf teilbaren Pfennigbetrag nach oben. Im Fernsprechverkehr sind die seit dem Jahre 1916 um 10 Proz. erhöhten Gebühren abermals um 10 Proz. heraufgesetzt.

Es ist beabsichtigt, infolge der am 1. Oktober eintretenden Erhöhung einiger Portosätze voraussichtlich neue Briefmarken zu 35 und 75 Pf. zu verausgaben. Wie hierzu weiter mitgeteilt wird, werden vom gleichen Tage ab voraussichtlich folgende Postwertzeichen aus dem Verkehr gezogen: die Briefmarken zu 3 Pf., weiter die zu 30, 50 und 60 Pf., außerdem werden eingezogen die Postanweisungen zu 10 und 20 Pf.

Volkswohl, nicht kapitalistisches Monopol. Die jüngste Nummer der „Fachszeitung für Schneider“ fordert ungestüm die Freigabe des Verfahrens für Zellulosegarn. Das reine Papiergewebe finde für zahlreiche Gebrauchsartikel eine erfolgsversprechende Verwendung, sei aber für Männerkleidung nur beschränkt brauchbar. Nun sei in neuerer Zeit das Zellulosegarn hergestellt worden, bei dem die Holzzellstofffaser nicht erst zur Papierherstellung verwendet, sondern unmittelbar in den Spinnprozess hineingezogen wird, ähnlich wie bei der Kunstseidenerzeugung. Dieses Zellulosegarn könne als Ersatz für Wollgarn benutzt werden. Im Namen des Textilarbeiterverbandes habe Reichstagsabgeordneter Krätzig der Kriegsrohstoffabteilung Erzeugnisse aus Zellulosegarn übersandt, die durch ihre großartige Beschaffenheit überraschten. Das Patent dafür haben die Elberfelder Glanzstofffabriken, welche an der Erzeugung von Zellulosegarn nur einen beschränkten kapitalistischen Zirkel teilnehmen lassen, der von ihnen Lizenzen erwirbt. Krätzig hat nun wiederholt im Reichstage gefordert, daß die Elberfelder Glanzstofffabriken gezwungen werden sollten, die Lizenz freizugeben, damit die dann mögliche Herstellung des Zellulosegarns in großen Mengen der Kleidernot abhelfe. Reichswirtschaftsamt, Kriegsrohstoffabteilung und Reichsbekleidungsstelle brächten dieser neuen Fasererzeugung viel zu wenig Interesse entgegen. Statt der Enteignung von Anzügen könnte jeder Arbeiter einen neuen guten Anzug preiswert bekommen, wenn Zellulosegarn in größeren Mengen hergestellt werde. Die „Fachszeitung für Schneider“ schließt sich dieser Erklärung der Textilarbeiter durchaus an. Hier sei der Weg für eine erfolgreiche Bekämpfung der Kleidernot. Das einzige, worauf es ankomme, sei, die Erzeugung des durchaus brauchbaren Zellulosegarns so zu steigern, daß über den Heeresbedarf hinaus noch etwas für die Zivilbevölkerung bleibe. Den Reichsbehörden sei endlich etwas mehr Energie zu wünschen.

Versammlungsberichte.

Selb. Die Zahlstellenversammlung vom Samstag, den 24. August, hatte leider nur einen mäßigen Besuch aufzuweisen. Ein Teil der Mitglieder ist sich seiner Aufgabe nicht voll bewußt. Würde jedes Mitglied seine volle Pflicht erfüllen, so müßten die Verhältnisse am Orte bedeutend günstiger gelagert sein. Die Bekanntgabe des Abchlusses pro 2. Quartal wurde ohne Erinnerung zur Kenntnis genommen, da seitens der Revisoren die Wichtigkeit in jeder Weise festgestellt wurde. — Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 236 männliche und 278 weibliche Mitglieder. Eine ziemliche Anzahl mußte wegen hoher Kasse gestrichen werden, ein Beweis, daß es noch sehr an gewerkschaftlichem Verständnis fehlt. Gingegegen konnte berichtet werden, daß sich die Zahl der Mitglieder seit dieser Zeit um über 50 erhöht hat. — Ein recht buntes Bild ergab der Bericht von den aberaumten Personalversammlungen. Damit wurde gezeigt, wo der Hebel anzusetzen ist. Wie in allen Berufen, so hat auch in unserer Branche die Frauenarbeit während der Dauer des Krieges in großem Umfang zugenommen. Im Brennhaus, wo deren Zahl früher ganz gering war, wird jetzt die Kollegin zu schweren, ungesunden Arbeiten verwendet. In der Dreherei, besonders in der Spaltorenbranche, ist diese Erscheinung gleichfalls gegeben. Dagegen wäre sicherlich nichts einzuwenden, wenn sich die Kolleginnen ihrer Aufgabe und Pflichten bewußt wären. — Wie kann man nicht begreifen, daß der übergroße Teil der im Brennhaus beschäftigten Kollegen so verständnislos geworden ist und eine ausgeprägte Interesslosigkeit behauptet. Die Kollegen müßten eine nachteilige Erscheinung auch teilweise beseitigen, denn die Erfahrung hat gezeigt, daß einige Firmen ihren Arbeitern den Lohn nicht in der Weise zukommen lassen, wie dies bei der Kriegszeit vertraglich geregelt wurde. Unkenntnis und mangelndes Interesse am Verbandsleben, das bietet dem Unternehmer Gelegenheit, zum Schaden der Arbeiterschaft handeln zu können. Es ist besser, daß die Kollegen bestrebt sind, die der fleischlichen Körperlei die Mitarbeit für den Verband voranzutreiben. Der Verbandsbeitrag würde sich sicherlich lohnen, wenn sie mehr wie bis jetzt auf dem Posten wären. Auch geben die jetzigen Löhne der Arbeiterschaft so manchen Beamten Anlaß zur Körperlei und Redensarten, die scheinbar von der Arbeiterschaft nicht in dem Maße beurteilt werden, wie dies notwendig wäre. Ob Reich oder Landesparlament damit verknüpft ist, soll nicht näher untersucht werden. Tatsache jedoch ist, daß man schon jetzt gern so handeln möchte, wie dies vor Kriegsbeginn

der Fall war. Die Schlussfolgerung wird eben vielfach nicht daraus gezogen. Wären die Instanzen, wie Kriegsamtstellen usw., nicht vorhanden, die Arbeiterschaft hätte ihre Interesslosigkeit längst bereuen müssen. Darauf aufmerksam zu machen, ist durchaus keine Gebärden sondern eine unbedingte Notwendigkeit. Eine in nächster Zeit zu betreibende größere Agitation macht sich daher besonders notwendig, gilt es doch, die Indifferenten zu überzeugen, daß sie ein wichtiges Augen haben müssen, daß die Organisationszugehörigkeit eine Lebensaufgabe bedeutet. Die zu leistende Arbeit ist sicher nicht schwer, wenn nur etwas guter Wille vorhanden ist. Besonders die Kolleginnen müssen lebhaften Anteil daran nehmen, denn sie haben den Druck als Hausfrau — der jetzt oder später — am fühlbarsten zu spüren. Sehr viel wird die Organisation noch an Aufklärungsarbeit zu leisten haben, darüber besteht bei allen denkenden Arbeitern kein Zweifel! Wer aber den Vorteil mit in Anspruch nehmen will, muß auch dazu seinen Teil beitragen. Wir Ausreden müssen deshalb verstummen, es gilt ein Ganzes zu schaffen. Dies die Quintessenz der Diskussion. — Der Punkt „Verschiedenes“ ergab Anregungen hinsichtlich der Beitragszahlung und -fassung. Der Artikel des Kollegen Berger-Polischappel fand die volle Zustimmung der Versammlung. Die Zahlstelle ist von der Zweckmäßigkeit der bereits bekanntgemachten Beschlüsse ihrerseits weiterhin überzeugt und kann sich von diesen nicht trennen.

Literarisches.

„Arbeiter-Jugend.“ Die soeben erschienene Nr. 17 des zehnten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Sozialdemokratie und Staat von Max Sachs. — Ueber den Schlaf. Von H. S. (Schluß). — Jugendgenosse Unwissend. Von W. Söllmann. — Unsterblichkeit. Gedicht von Hieronymus Vorm. — Stephan Milo: Der Sieg des Schienenstrangs. (Mit Abbildungen.) — Gg. Engelbert Graf: Die Würmanbahn. (Mit einer Karte.) — Aus der Jugendbewegung. — Die Segne an der Arbeit.

Versammlungs-Anzeigen.

- Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.**
- Ndr.-Salzbrunn.** Zusammenkunft der Mitglieder am 7. September, 4½ Uhr, im „Repter“.
- Tiefenfurt.** Sonnabend, den 7. September, abends 8½ Uhr, in der Brauerei.
- Waldburg.** Zusammenkunft der Mitglieder am 9. September, 6 Uhr, in der „Quelle“, Sandstraße.
- Berlin.** Freitag, den 13. September, abends 8½ Uhr, Verwaltungssitzung im Bureau.
- Sonnabend, den 21. September, abends 8½ Uhr, Zahlstellenversammlung bei Wollschläger, Adalbertstr. 21.**
- Breslau.** Freitag, den 13. September, abends 6 Uhr bei Fuhrmann, Matthiasstraße 180.
- Eisenberg.** Sonnabend, 14. September, abends 8 Uhr, Zahlstellenversammlung bei Max Obst. Alle erscheinen.

Sterbetafel.

- Rehan.** Josef Zebisch, Maler, geboren am 16. November 1872 in Lichtenstadt (Böhmen), gestorben am 2. August an Lungenleiden. Seit Juli 1917 Invalide. Mitglied seit 1897.
- Ilmenau.** Johann Schmidt, Kapoldreher, geboren am 11. September 1858 in Jagdschhof, Kreis Sonneberg, gestorben am 15. August im Krankenhaus zu Arnstadt an Lungenentzündung. Mitglied seit 1893.
- Goldlauter.** Franz Weiß, Dreher, geboren am 24. September 1864 in Goldlauter, gestorben am 22. August an Asthma und Lungenleiden. Mitglied seit 1907.
- München.** Adam Ludwig, Former, geboren am 1. März 1872 in Nürnberg, gestorben am 23. August an Lungenschwindsucht. Mitglied seit 1916.
- Eisenberg.** Lina Dietrich, Bläserin, geboren am 6. April 1862 in Roda, S.-A., gestorben am 25. August an Lungenleiden. Mitglied seit 1903.

Ehre ihrem Andenken!

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Paul Jacobi, Bremer, geboren am 21. August 1885 in Unterweißbach, gefallen (durch Herzschuß) am 16. Juni 1918. Mitglied der Zahlstelle Unterweißbach.

Ehre seinem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Mehrere tüchtige

Schreibentüfter

für dauernd gesucht.

Offenfabrik Sagona G. m. b. H., Hochschlitz-Abteilung, Weifen.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
 Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
 Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
 Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.